Antrag

des Abg. Dr. Boris Weirauch u. a. SPD

und

Stellungnahme

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen**

Frühwarnsystem zur Erkennung von Personen mit Risiko- potenzial und zur Risikoverringung schwerer Straftaten in Baden-Württemberg

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. ob und welche strukturellen Rahmenbedingungen es in Baden-Württemberg zur standardisierten Zusammenarbeit zur Früherkennung und Prüffallbearbeitung von Personen mit Risikopotenzial und zur Risikoverringung schwerer Straftaten in Baden-Württemberg konkret gibt;
2. wer die Federführung bei der Zusammenarbeit nach Ziffer 1 innehat und welche einzelnen Behörden und Institutionen in welcher Form grundsätzlich daran beteiligt sind;
3. wie sich eine ggf. institutionelle Zusammenarbeit in Baden-Württemberg zur Früherkennung und Prüffallbearbeitung von Personen mit Risikopotenzial und zur Risikoverringung schwerer Straftaten konkret darstellt (z. B. Organisationsform, Strukturen und Netzwerke, Informationsaustausch und -steuerung, Risikoindikatoren, Bewertung, Fallkonferenzen, Runde Tische, Kooperationen);
4. ob und falls ja, welche Rechtsvorschriften in Bezug auf Ziffer 1 in Baden-Württemberg existieren (z. B. analog der Gemeinsamen Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums, des Justizministeriums und des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren zu einer ressortübergreifenden Konzeption zum Umgang mit besonders rückfallgefährdeten Sexualstraftätern [VwV KURS]);

5. ob ihr das Handlungskonzept von Nordrhein-Westfalen „Handlungs- und Prüffallkonzept zur Früherkennung von und zum Umgang mit Personen mit Risikopotenzial – PeRisikoP“ zur Verhinderung schwerer zielgerichteter Gewalttaten bekannt ist und falls ja, wie sie zu diesem Konzept insbesondere auch im Hinblick auf eine Anwendung in Baden-Württemberg steht und warum ein solches Konzept in Baden-Württemberg bisher ggf. noch nicht praktiziert wird.

6.2.2025

Dr. Weirauch, Weber, Binder, Hoffmann, Ranger SPD

Begründung

Es soll der Frage nachgegangen werden, ob und in welcher Form es in Baden-Württemberg eine standardisierte Zusammenarbeit zur Früherkennung und Prüffallbearbeitung von Personen mit Risikopotenzial und zur Risikoverringering schwerer Straftaten analog des „Handlungs- und Prüffallkonzepts zur Früherkennung von und zum Umgang mit Personen mit Risikopotenzial – PeRisikoP“ in Nordrhein-Westfalen gibt und wie sich diese Zusammenarbeit konkret darstellt bzw. mit welcher Begründung ein solches Konzept in Baden-Württemberg bislang nicht praktiziert wird.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 3. März 2025 Nr. IM3-0141.5-651/10/3 nimmt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz und für Migration und dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. ob und welche strukturellen Rahmenbedingungen es in Baden-Württemberg zur standardisierten Zusammenarbeit zur Früherkennung und Prüffallbearbeitung von Personen mit Risikopotenzial und zur Risikoverringering schwerer Straftaten in Baden-Württemberg konkret gibt;*
- 2. wer die Federführung bei der Zusammenarbeit nach Ziffer 1 innehat und welche einzelnen Behörden und Institutionen in welcher Form grundsätzlich daran beteiligt sind;*
- 3. wie sich eine ggf. institutionelle Zusammenarbeit in Baden-Württemberg zur Früherkennung und Prüffallbearbeitung von Personen mit Risikopotenzial und zur Risikoverringering schwerer Straftaten konkret darstellt (z. B. Organisationsform, Strukturen und Netzwerke, Informationsaustausch und -steuerung, Risikoindikatoren, Bewertung, Fallkonferenzen, Runde Tische, Kooperationen);*
- 4. ob und falls ja, welche Rechtsvorschriften in Bezug auf Ziffer 1 in Baden-Württemberg existieren (z. B. analog der Gemeinsamen Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums, des Justizministeriums und des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren zu einer ressortübergreifenden Konzeption zum Umgang mit besonders rückfallgefährdeten Sexualstraftätern [VwV KURS]);*

Zu 1., 2., 3. und 4.:

Zu den Ziffern 1, 2, 3 und 4 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

In Baden-Württemberg gibt es die im Folgenden dargestellten erfolgreich etablierten Konzeptionen im Sinne der Fragestellung. Zu den Konzeptionen ist allgemein zu bemerken, dass diese die gesetzlichen Zuständigkeitsvorschriften (z. B. nach PolG, StPO etc.) unberührt lassen.

Gefährdungsmanagement häusliche Gewalt (GM hG)

In Baden-Württemberg wurde mit der Einführung der Führungs- und Einsatzanordnung häusliche Gewalt im Jahr 2021 ein strukturiertes Prozess- und Gefährdungsmanagement im Bereich häusliche Gewalt implementiert. In allen Fällen häuslicher Gewalt erfolgt eine Risikobewertung in einem standardisierten Verfahren unter Verwendung des Risikoanalyseinstrumentes ODARA (Ontario Domestic Assault Risk Assessment). Das Resultat von ODARA erlaubt eine Einschätzung des Rückfallrisikos für erneute Intimpartnergewalt innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren.

Innerhalb der regionalen Polizeipräsidien erfolgt durch die Koordinierungsstellen häusliche Gewalt (KoStn hG) die Beratung, Prüfung und Koordinierung der Maßnahmen im Zusammenhang mit Gefährdungssachverhalten. Darüber hinaus ist das Gefährdungsmanagement häusliche Gewalt beim Landeskriminalamt Baden-Württemberg (LKA BW) die zentrale Ansprechstelle für die KoStn hG in allgemeinen und operativen Fragestellungen und erstellt auf Anfrage bei Sachverhalten mit besonderem Gefährdungspotenzial spezifische Gefährdungsbewertungen.

Weitergehende Informationen zum GM hG können der Stellungnahme des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration zum Antrag der Fraktion GRÜNE, Umsetzungsstand der Istanbul-Konvention in Baden-Württemberg, Drucksache 17/1790, und der Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen zu Ziffer 10 des Antrags der Abg. Peter Seimer und Stefanie Seemann u. a. Grüne, Intimizide in Kombination mit Leaking-Vorfällen, Drucksache 17/6177, entnommen werden.

Konzeption zum Umgang mit besonders rückfallgefährdeten Sexualstraftätern (KURS)

Zum Schutz der Allgemeinheit vor besonders rückfallgefährdeten Sexualstraftätern bzw. Risikoprobanden wurde gemäß der Verwaltungsvorschrift (VwV) KURS¹ zum 1. April 2010 die Gemeinsame Zentralstelle (GZS) KURS beim LKA BW eingerichtet. Eine erhöhte Rückfallgefahr besteht insbesondere bei Sexualstraftätern, die ihre Strafe voll verbüßt haben und eine negative Prognose zur Legalbewährung aufweisen. Eine Verringerung der Rückfallwahrscheinlichkeit soll insbesondere durch eine Optimierung des Informationsflusses zwischen der Justiz, dem Justiz- und Maßregelvollzug, der Bewährungs- und Gerichtshilfe, der forensischen Ambulanzen, den Jugendämtern und der Polizei sowie durch eine Intensivierung und stärkere Verzahnung der Führungsaufsichts- und gefahrenabwehrrechtlichen Maßnahmen erfolgen.

Erfüllt ein Sexualstraftäter die formellen Voraussetzungen für die Anordnung der Elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) gemäß § 68b Absatz 1 Satz 1 Nummer 12 StGB, sind zusätzlich die Regelungen der Gemeinsamen Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums, des Innenministeriums und des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren zu einer ressortübergreifenden Konzeption zur Umsetzung der Elektronischen Aufenthaltsüberwachung in der Führungsaufsicht (VwV EAÜ) vom 29. August 2012 (Die Justiz 2012, S. 431), die zuletzt durch Verwaltungsvorschrift vom 29. Juli 2019 (Die Justiz 2019, S. 185) verlängert worden ist und in ihrer vorgenannten Ursprungsfassung unverändert gilt, anzuwenden.²

¹ Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums, des Justizministeriums und des Sozialministeriums zu einer ressortübergreifenden Konzeption zum Umgang mit besonders rückfallgefährdeten Sexualstraftäterinnen und Sexualstraftätern, aktuelle Fassung vom 13. Oktober 2020, die zum 1. November 2020 in Kraft trat.

² Auf rechtlicher Grundlage des § 68b Absatz 1 Satz 1 Nr. 12 StGB wurde die EAÜ als Mittel der Führungsaufsicht im Jahr 2011 eingeführt.

Eine elektronische Aufenthaltsüberwachung als Weisung im Rahmen der Führungsaufsicht kann nicht nur bei Sexualdelikten, sondern auch bei anderen schweren Straftaten³ wie z. B. Brandstiftungs- und Tötungsdelikten angeordnet werden.

Strukturelle Rahmenbedingungen zum Schutz der Allgemeinheit bzw. zur Risikoverringerung schwerer Straftaten durch EAÜ-/KURS- Risikoprobanden wurden in Baden-Württemberg auf Grundlage der VwV KURS und VwV EAÜ geschaffen. Diese VwVen gewährleisten die standardisierte Zusammenarbeit und enthalten insbesondere Zuständigkeits- und Verfahrensregelungen.

Darüber hinaus übermittelt die GZS KURS dem Sonderstab Gefährliche Ausländer (SGA) des Ministeriums der Justiz und für Migration Baden-Württemberg die Daten der Risikoprobanden mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit zur Prüfung.

Bei den gemäß den VwVen KURS und EAÜ zusammenarbeitenden Institutionen handelt es sich grundsätzlich um die Strafvollstreckungsbehörden, die Justiz-/ Maßregelvollzugseinrichtungen, die forensischen Ambulanzen, die Führungsaufsichtsstellen, die Bewährungs- und Gerichtshilfe Baden-Württemberg, die Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart, die örtlich zuständigen Polizeidienststellen sowie die GZS KURS. Darüber hinaus können weitere Behörden wie bspw. Jugendämter und Ausländerbehörden beteiligt sein.

Aus den VwVen KURS und EAÜ ergeben sich grundsätzliche Aufgabenzuweisungen für die beteiligten Behörden. Die explizite Festlegung einer Federführung erfolgte insbesondere im Bereich der Fallkonferenzen. Nach Nummer 6 der VwV KURS haben bei der Durchführung von Fallkonferenzen den Polizeidienststellen die federführende Rolle. Auch die Führungsaufsichtsstellen, die Strafvollstreckungsbehörden, die Bewährungs- und Gerichtshilfe Baden-Württemberg, die forensischen Ambulanzen oder andere Behörden wie bspw. die Jugendämter und die Gerichte können auf Basis ihrer Erkenntnislage die Durchführung einer Fallkonferenz anregen.

Die Federführung und Organisation der Bewertungsbesprechungen obliegt der GZS KURS. In Abhängigkeit von der individuellen Rückfallgefahr ist ein differenzierter Umgang der justiziell befassten Stellen und der Polizei mit den Risikoprobanden erforderlich. Hierzu führt die GZS KURS insbesondere auf Bitte der Strafvollstreckungsbehörde oder Führungsaufsichtsstelle hinsichtlich der von diesen als Risikoprobanden eingestuften Personen Bewertungsbesprechungen durch.

Diese dienen der Beurteilung der individuellen Rückfallgefahr eines Risikoprobanden sowie der Entwicklung eines darauf abgestimmten individuellen Handlungskonzepts.

Die Zusammenarbeit mit den am KURS-Programm beteiligten Behörden erfolgt insbesondere gemäß den in den VwVen KURS und EAÜ festgelegten Verfahrensabläufen. Konkret obliegt der GZS KURS dabei die Erstellung der Risikobewertung für die Risikoprobanden. Grundlage der Risikobewertung ist ein festgelegter strukturierter Kategorisierungsprozess auf Grundlage der seitens der Strafvollstreckungsbehörde oder Justiz-/Maßregelvollzugseinrichtungen übersandten Dokumente (z. B. Urteile, Gutachten, Vollzugspläne etc.), der eine Einzelgewichtung der statischen Prognoseparameter (z. B. Herkunftsmilieu, psychische Störungen) und dynamischen Prognoseparameter (z. B. Vollzugsverlauf, Teilnahme an therapeutischen Maßnahmen) vornimmt und sich dabei am sogenannten Basler Kriterienkatalog orientiert. Weiter erfolgt die Festlegung der Gefahrenkategorie gemäß Nummer 4.3 VwV KURS in die Kategorien I, II oder III (herausragendes, hohes, mittleres Gefahrenpotenzial) im Rahmen der Bewertungsbesprechung. In der Risikobewertung sind auf die jeweilige Risikoprobandin bzw. den jeweiligen Risikoprobanden abgestimmte Vorschläge für Führungsaufsichtsrechtliche Weisungen enthalten.

Das Ergebnis der Bewertungsbesprechung soll der Vollstreckungsbehörde als Grundlage für die Stellungnahme zur Ausgestaltung des Führungsaufsichtsbeschlusses dienen.

Die Risikobewertung geht auch den Fachkoordinatoren KURS der regionalen Polizeipräsidien zu, welche die Betreuung der Risikoprobanden vor Ort vornehmen. Ihnen obliegt die Festlegung und Koordinierung etwaig notwendiger gefahrenab-

³ Der vollständige Straftatenkatalog ist den § 68b Absatz 1 Satz 3 Nummer 2 i. V. m. § 66 Absatz 3 Satz 1 StGB zu entnehmen.

wehrrichtlicher Maßnahmen. Als gefahrenabwehrrichtliche Maßnahmen gemäß Nummer 5.8.2 VwV KURS kommen bspw. Gefährder-/Gefährdetenansprachen, Observationen und die Überprüfung der tatsächlichen Wohnsitznahme in Betracht.

Weitere Maßnahmen:

- Ebenfalls zur Risikoverringerung werden Fallkonferenzen einberufen, um durch ein koordiniertes Vorgehen und die Klärung von Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten einzelfallbezogenen Empfehlungen für geeignete risikoreduzierende Führungsaufsichtsrechtliche Weisungen und gefahrenabwehrrichtliche Maßnahmen mit den am KURS-Programm beteiligten Institutionen abzustimmen. Bei konkreten Hinweisen auf eine Kindeswohlgefährdung sind die Fallkonferenzen verpflichtend unter Einbindung des zuständigen Jugendamts durchzuführen.
- Das Instrument der Runden Tische wird auf örtlicher Ebene anlassbezogen regelmäßig genutzt. Insbesondere dem Austausch der Fachkoordinatoren KURS mit der Bewährungs- und Gerichtshilfe sowie der forensischen Ambulanzen kommt hierbei eine wichtige Rolle zu.
- Die GZS KURS nimmt regelmäßig am sogenannten Runden Tisch „Nachsorge“ zu grundsätzlichen Themen teil, mit Teilnehmern bspw. von PräventSozial, der Sozialtherapeutischen Anstalt Baden-Württemberg sowie der Bewährungs- und Gerichtshilfe Baden-Württemberg.
- Grundsätzlich nimmt die GZS KURS an dem regelmäßig stattfindenden „Erfahrungsaustausch Führungsaufsicht“ mit den Leitern der Führungsaufsichtsstellen, den Vollstreckungsleitern der Staatsanwaltschaften, der Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart und dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen unter Leitung des Ministeriums der Justiz und für Migration teil.
- Seitens der Justiz-/Maßregelvollzugseinrichtungen erfolgen regelmäßig sogenannte Entlass- oder Nachsorgekonferenzen, um die Entlassung zu planen und dies auch teilweise mit den anwesenden Risikoprobanden abzustimmen. Hierzu werden die am KURS-Programm beteiligten Behörden eingeladen.
- Um den Betrieb und die Nutzung eines Systems der EAÜ zu gewährleisten, arbeitet die GZS KURS aufgrund von staatsvertraglichen Regelungen/Verwaltungsvereinbarungen mit der bei der IT-Stelle der hessischen Justiz angesiedelten Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle der Länder (GÜL) und der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) zusammen.

Folgende Rechtsvorschriften existieren in Bezug auf Ziffer 1 in Baden-Württemberg:

- Die Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums, des Justizministeriums und des Sozialministeriums zu einer ressortübergreifenden Konzeption zum Umgang mit besonders rückfallgefährdeten Sexualstraftäterinnen und Sexualstraftätern vom 13. Oktober 2020, die zum 1. November 2020 in Kraft trat.
- Die gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums, des Innenministeriums und des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren zu einer ressortübergreifenden Konzeption zur Umsetzung der Elektronischen Aufenthaltsüberwachung in der Führungsaufsicht (VwV EAÜ) vom 29. August 2012 (Die Justiz 2012, S. 431), die zuletzt durch Verwaltungsvorschrift vom 29. Juli 2019 (Die Justiz 2019, S. 185) verlängert worden ist und in ihrer vorgenannten Ursprungsfassung unverändert gilt.

Programm „Besonders auffällige junge Straftäterinnen und Straftäter“ (BajuS)

Die Führungs- und Einsatzanordnung Jugendkriminalität (FEA JuKrim [VS-NfD]) der Polizei Baden-Württemberg schafft landesweit einheitliche Standards für den Umgang mit delinquenten Kindern und Jugendlichen, darunter im Speziellen auch für „Besonders auffällige junge Straftäterinnen und Straftäter“ (BajuS). Bei diesen Personen besteht unter Berücksichtigung des individuellen Verhaltens das gesteigerte Risiko, dass sich eine „kriminelle Karriere“ verfestigen könnte. „BajuS“ ist die im Jahr 2023 umgesetzte Weiterentwicklung des bisherigen Initiativprogramms „Jugendliche Intensivtäter (JugIT)“, das von Innen-, Justiz- und Sozialministerium auf den Weg gebracht und ab August 1999 landesweit angewendet wurde. Nach über 20 Jahren Praxiserfahrung untersuchte eine beim Innenministerium eingerichtete Arbeitsgruppe die bestehenden Regelungen und stellte diese neu auf. Danach

orientiert sich die Bewertung eines delinquenten Handelns nun primär an qualitativen Parametern der Straftat und weniger an der Anzahl der begangenen Delikte. Faktoren wie beispielsweise die Verletzung des Opfers, das verwendete Tatmittel oder das Alter des Täters werden gewichtet berücksichtigt. Anhand der hierdurch vorgenommenen Kategorisierung können Kinder und Jugendliche frühzeitig und landesweit einheitlich in den Fokus genommen werden, um gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft und dem Jugendamt alle notwendigen Maßnahmen zu treffen. Die Federführung beim Konzept „BajuS“ liegt bei der Polizei. Im Rahmen einer Einzelfallbetrachtung kann eine gezielte Zusammenarbeit mit Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe, Jugendämtern und Schulen erfolgen. Ziel ist es, kriminelle Karrieren erst gar nicht entstehen zu lassen oder sie mit aller Konsequenz zu stoppen.

Soweit vor Ort vorhanden, findet die Betreuung der BajuS in den Häusern des Jugendrechts statt. Diese Einrichtungen, in denen Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe besonders eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten, haben sich in Baden-Württemberg landesweit etabliert und bewährt. Gemeinsam verfolgen die Kooperationspartner die Strategie, für eine schnelle und konsequente Sanktionierung jugendlicher Straftäter zu sorgen und ihnen zugleich individuell passende Hilfsangebote für ein straffreies Leben zu vermitteln. Ziel dieses ganzheitlichen Ansatzes ist es, junge Menschen frühzeitig zu erreichen und zielgenau zu intervenieren – möglichst an der Schwelle zur Delinquenz. Neben dem behördenübergreifenden Zusammenwirken im Ermittlungs- und Strafverfahren wird insbesondere Wert auf Prävention und die Vernetzung mit anderen im Stadtteil tätigen Institutionen, Initiativen und Diensten gelegt.

Ein zentrales Element der Kooperation in den Häusern des Jugendrechts ist der regelmäßige Informationsaustausch zwischen den beteiligten Institutionen. Im Rahmen von gemeinsamen Fallkonferenzen und Arbeitsgruppen können Risikopersonen, beispielsweise bestimmte BajuS, in den Fokus genommen und individuelle Maßnahmen zur Risikominimierung entwickelt werden.

Bei der Schutzpolizei gibt es speziell ausgebildete Jugendsachbearbeiter und als Pendant bei der Kriminalpolizei entsprechende Jugendfachkoordinatoren. Sie sind auf die Thematik Jugendkriminalität spezialisiert, kennen die besonderen Rechtsgrundlagen des Jugendstrafrechts, arbeiten intensiv mit anderen Institutionen zusammen und stehen als Ansprechpersonen für beispielsweise Eltern, Schulen und Vereine zur Verfügung.

Das Konzept „BajuS“ ist in der Führungs- und Einsatzanordnung Jugendkriminalität (FEA JuKrim, VS-NfD) verankert. Darüber hinaus existiert keine eigenständige gesetzliche Regelung. Beim Umgang mit Fällen der Jugendkriminalität sind neben dem Polizeigesetz Baden-Württemberg (PolG), dem Strafgesetzbuch (StGB), der Strafprozessordnung (StPO), dem Jugendgerichtsgesetz (JGG) und dem Jugendschutzgesetz (JuSchG) folgende Vorschriften und Handreichungen (nicht abschließend) zu beachten:

- Kinder- und Jugendhilfegesetz für Baden-Württemberg (LKJHG)
- Polizeidienstvorschrift 382 „Bearbeitung von Jugendsachen“ (PDV 382) nebst zugehöriger Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums
- Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums und des Innenministeriums zur Durchsetzung der Schulpflicht
- Gemeinsame Handreichung des Justizministeriums, des Innenministeriums, des Sozialministeriums, des Kultusministeriums, des Städtetags Baden-Württemberg und des Kommunalverbandes für Jugend und Soziales Baden-Württemberg über die behördenübergreifende Zusammenarbeit in Jugendstrafverfahren
- Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Justizministeriums, des Innenministeriums und des Sozialministeriums zur Förderung von Diversionsmaßnahmen und zur Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft, Polizei und Jugendhilfe bei Straftaten jugendlicher und heranwachsender Beschuldigter sowie delinquentem Verhalten von Kindern (Zusammenarbeits- und Diversionsrichtlinien)

Mehrfach- und Intensivtäter BW (MIT-BW)

In Baden-Württemberg werden erwachsene Mehrfach- und Intensivtäter (MIT) nach der landesweiten Konzeption MIT-BW eingestuft. Diese trat am 7. Mai 2019

in Kraft. Durch eine zentralisierte und abgestimmte Bearbeitung zwischen Polizei und Justiz sollen frühzeitig kriminelle Karrieren erkannt und unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten verfolgt werden, um so zu einer nachhaltigen Reduzierung der Kriminalitätsbelastung beizutragen, die Sicherheit in der Gesellschaft zu erhöhen sowie anwachsende kriminelle Prägungen frühzeitig zu erkennen und spürbar staatlich zu intervenieren. Neben zentralen Verantwortlichkeiten und festen Ansprechpartnern bei den Kriminalpolizeidirektionen der regionalen Polizeipräsidien und den Staatsanwaltschaften wird auf deren enge Vernetzung zur Bündelung von Erkenntnissen gesetzt.

Bei der Einstufung von Personen werden folgende Umstände zugrunde gelegt:

- Tatverdächtige über 18 Jahre,
- Wohnsitz bzw. Aufenthaltsort in Baden-Württemberg,
- Berücksichtigung aller Delikte, mit Ausnahme von Verstößen gegen das Ausländerrecht, mit Tatzeitraum innerhalb der letzten zwei Jahre.

Besonders zu berücksichtigen sind:

- die Deliktsfrequenz, insbesondere im Bereich der niederschweligen Aggressionsdelikte,
- ein delinquentes Verhalten in jüngerer Vergangenheit,
- die Deliktsart bzw. -qualität wie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Rohheitsdelikte – insbesondere unter Verwendung des Tatmittels Messer sowie Straftaten im öffentlichen Raum.

Ist prognostisch mit weiteren Straftaten zu rechnen, wird die Person als Intensivtäter eingestuft. Sodann werden bei den regionalen Clearingstellen gezielte Maßnahmen zur Prävention und Intervention initiiert, koordiniert und durch die jeweiligen nachgeordneten Organisationseinheiten durchgeführt.

Soweit es sich bei den Mehrfach- und Intensivtätern um Ausländer (aMIT) handelt und aufenthaltsrechtliche Maßnahmen infrage kommen, ist eine enge Verzahnung zwischen der Polizei, dem Sonderstab Gefährliche Ausländer beim Ministerium der Justiz und für Migration nebst regionaler Sonderstäbe in allen Regierungspräsidien, den Ausländerbehörden und den Justizbehörden gewährleistet.

Bei aMIT ergibt sich neben strafrechtlichen Konsequenzen aufgrund des bundesgesetzlichen Ausländerrechts sowie grundrechtlicher Schutzpflichten zugunsten der Bevölkerung auch ein über die polizeilichen und strafrechtlichen Maßnahmen hinausgehender ausländerrechtlicher Handlungsbedarf. Der Sonderstab Gefährliche Ausländer betreibt bei aMIT und Ausländern, die die Sicherheit des Landes gefährden, ein ausländerrechtliches Fallmanagement, in dessen Rahmen er die für die Schaffung der Voraussetzungen zur Aufenthaltsbeendigung erforderlichen Maßnahmen initiiert und koordiniert. Ziel ist es, Abschiebungshindernisse zu beseitigen und mittels Schnittstellenoptimierung eine nachhaltige Beschleunigung der komplexen ausländerrechtlichen Verfahren zu erreichen. Bei Ausländern, die nicht zeitnah abgeschoben werden können, trifft der Sonderstab Maßnahmen, um ausländerrechtliche Sanktionen im Inland zu verhängen.

Zielpersonenmanagement (ZPM)

Das Zielpersonenmanagement (ZPM) des LKA BW ist zuständig für Personen aller Phänomenbereiche der Politisch motivierten Kriminalität, die nach der bundeseinheitlichen Definition als Gefährder oder Relevante Person (Zielpersonen) eingestuft sind. Ein Gefährder ist eine Person, zu der bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung, insbesondere solche im Sinne des § 100a StPO, begehen wird. Eine Person ist als relevant anzusehen, wenn sie innerhalb des extremistischen/terroristischen Spektrums die Rolle einer Führungsperson, eines Unterstützers/Logistikers oder eines Akteurs einnimmt und objektive Hinweise vorliegen, die die Prognose zulassen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung, insbesondere solche im Sinne des § 100a StPO fördert, unterstützt, begeht oder sich daran beteiligt, oder es sich um eine Kontakt- oder Begleitperson eines Gefährders, eines Beschuldigten oder eines Verdächtigen einer politisch motivierten Straftat von erheblicher Bedeutung, insbesondere einer solchen im Sinne des § 100a StPO, handelt.

Mit dem ZPM gewährleistet das LKA BW u. a. die landesweit einheitliche Einstufung der Zielpersonen, bündelt die zu den Zielpersonen vorliegenden Erkenntnisse, koordiniert die Durchführung beziehungsweise Initiierung von strafprozessualen, gefahrenabwehrrechtlichen und ausländerrechtlichen Maßnahmen und trifft Qualitätssicherungsmaßnahmen im Wege der Fachaufsicht. Das LKA BW und die regionalen Polizeipräsidien arbeiten dabei eng abgestimmt zusammen. Das LKA BW meldet die Einstufung als Gefährder oder Relevante Person umgehend an den SGA beim Ministerium der Justiz und für Migration. In diesen Fällen betreibt der SGA das ausländerrechtliche Fallmanagement umfassend, in dessen Rahmen er die für die Schaffung der Voraussetzungen zur Aufenthaltsbeendigung erforderlichen Maßnahmen initiiert und koordiniert und bei Ausländern, die nicht zeitnah abgeschoben werden können, Maßnahmen trifft, um ausländerrechtliche Sanktionen im Inland zu verhängen (vgl. oben).

Die Zuständigkeit des ZPM umfasst hierbei auch die Fachaufsicht in Bezug auf Risikobewertungen durch die Regelbasierte Analyse potenziell destruktiver Täter zur Einschätzung des akuten Risikos (RADAR) des Bundeskriminalamts. Diese wurde für den Bereich des islamistischen Terrorismus (RADAR-iTE) im Jahr 2017 sowie für den Bereich des rechtsextremistischen Terrorismus (RADAR-rechts) im Jahr 2022 bundesweit bei den Polizeibehörden eingeführt.

RADAR ist ein Instrument zur regelgeleiteten Risikobewertung für Personen des islamistischen und rechten Spektrums, die bereits im polizeilichen Fokus stehen. Die Anwendung hat sich als Instrument zur Bewertung des akuten Risikos durch eingestufte Personen bewährt. Durch die bundeseinheitliche Verwendung werden die Vergleichbarkeit sichergestellt und Zuständigkeitswechsel in der polizeilichen Bearbeitung von eingestuften Personen, z. B. bei einem länderübergreifenden Wohnortwechsel, harmonisiert. Durch die Bewertung kann die von den Gefährdern ausgehende Gefahr in einem individuellen Risikoanalysebericht dargelegt werden. Die abgeleiteten Maßnahmen der Sicherheitsbehörden werden in einem Maßnahmencontrolling überwacht. RADAR unterstützt als Priorisierungsinstrument die resultierenden polizeilichen Maßnahmen.

Das ZPM des LKA BW führt überdies anlassbezogen Fallkonferenzen unter Beteiligung der für den Einzelfall maßgeblichen Behörden durch. Hierdurch sollen Gefahren, die von der jeweiligen Zielperson ausgehen, erkannt und durch geeignete Maßnahmen unterbunden werden. Zielrichtung der Zusammenarbeit im Rahmen der Fallkonferenzen ist, Verantwortlichkeiten festzulegen und Maßnahmenpakete abzustimmen.

Kompetenzzentrum gegen Extremismus in Baden-Württemberg (konex)

Das beim LKA BW angesiedelte konex bietet gemeinsam mit seinen Netzwerkpartnern Informationen und Beratungen gegen politisch und religiös motivierten Extremismus an. Das konex ist dabei vorrangig für die Sekundär- und Tertiärprävention im Bereich der Extremismusbekämpfung zuständig.

Zu den Kernaufgaben des konex zählt insbesondere die Ausstiegsberatung für radikalisierte Personen und deren Umfeld. Die Ausstiegsberatung des konex besteht aus einem interdisziplinären Team mit unter anderem psychologischer, religionswissenschaftlicher oder polizeilicher Fachexpertise.

Das Landesbildungszentrum Deradikalisierung (LBZ Derad), das bei konex angesiedelt ist, bietet Fortbildungen im Bereich der sekundären/tertiären Extremismusprävention an, Zielgruppe sind Fachkräfte, die auf Anzeichen von Radikalisierung bei Personen sensibilisiert werden.

Das konex ist zudem weitreichend mit verschiedenen Einrichtungen vernetzt. Über die Gremienarbeit des konex besteht ein ständiger, ressortübergreifender Austausch der sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Institutionen umfasst. Dies dient sowohl der allgemeinen Früherkennung von Radikalisierung als auch in speziellen Fällen der zielgerichteten und schnellen Kommunikation.

Monitoring der BAO Fokus

Im Bereich der regionalen Polizeipräsidien Aalen, Ludwigsburg, Reutlingen, Stuttgart und Ulm kam es im Großraum Stuttgart seit dem Jahr 2022 immer wieder zu Vorfällen der gruppenbezogenen subkulturellen Gewaltkriminalität zweier rivalisierender Gruppierungen im öffentlichen Raum.

Die Polizei Baden-Württemberg hat hierauf mit intensiven Ermittlungs-, Einsatz-, Präventions- und verwaltungsrechtlichen Maßnahmen reagiert, die im Rahmen einer besonderen Aufbauorganisation (BAO Fokus) beim LKA BW koordiniert werden. Maßgebliches Ziel ist es dabei, relevante Personen beider Gruppierungen zu ermitteln und durch konsequente Ausschöpfung aller strafprozessualen und polizeirechtlichen Möglichkeiten begangene Straftaten aufzuklären sowie die Begehung künftiger Straftaten zu verhindern.

Die für die BAO Fokus relevanten Personen werden in Zusammenarbeit mit den regionalen Einsatzabschnitten in enger Abstimmung mit dem LKA BW einem regelmäßigen Monitoring unterzogen. Dabei werden die gruppenbezogene Zusammensetzung sowie die phänomenologische Entwicklung engmaschig begleitet und analysiert.

In der Gesamtschau kommt explizit auch verwaltungsrechtlichen Maßnahmen eine hohe Bedeutung zu. Das Konzept sieht deshalb einen umfassenden, ganzheitlichen und behördenübergreifenden Ansatz vor.

Die Federführung bei der Durchführung von verwaltungsrechtlichen Maßnahmen liegt im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen externen Behörden und Institutionen, wie z. B. Ordnungsämtern, Ausländerbehörden – einschließlich dem SGA –, Führerscheinstellen, Waffenbehörden etc. Diese prüfen jeweils entsprechende verwaltungsrechtliche Maßnahmen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften gegen die im polizeilichen Monitoring befindlichen relevanten Personen.

5. ob ihr das Handlungskonzept von Nordrhein-Westfalen „Handlungs- und Prüffallkonzept zur Früherkennung von und zum Umgang mit Personen mit Risikopotenzial – PeRisikoP“ zur Verhinderung schwerer zielgerichteter Gewalttaten bekannt ist und falls ja, wie sie zu diesem Konzept insbesondere auch im Hinblick auf eine Anwendung in Baden-Württemberg steht und warum ein solches Konzept in Baden-Württemberg bisher ggf. noch nicht praktiziert wird.

Zu 5.:

Das genannte „Handlungs- und Prüffallkonzept zur Früherkennung von und zum Umgang mit Personen mit Risikopotenzial“ (PeRisikoP) ist der Landesregierung bekannt. Zwischen den verantwortlichen Stellen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg besteht ein direkter Austausch. Die Umsetzbarkeit des Konzepts ist derzeit Gegenstand einer Prüfung.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen